

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1896

234 (20.5.1896) Mittagblatt

Karlsruher Zeitung.

Mittagblatt.

Mittwoch, 20. Mai.

Mittagblatt.

№ 234.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1896.

Amtlicher Theil.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 10. Mai d. J. wurden die Expeditionsassistenten Jakob Weber in Raftatt, Friedrich Knecht in Waldshut, Philipp Ritter in Pforzheim, Alfred Senn in Freiburg, Karl Hofmann in Heidelberg, Philipp Stahl in Mannheim, Ernst Frey in Basel und Friedrich Dürr in Offenburg zu Betriebsassistenten ernannt.

Nicht-Amtlicher Theil.

* Der Mißerfolg der spanischen Cuba-Politik.

Mit allen Siegesdepechen aus Havanna und Madrid ist die spanische Cuba-Politik glücklich soweit gekommen, daß der Telegraph eingestehen muß, die Aufstandsbe- wegung erstreckte sich jetzt auf alle Provinzen der Insel. Es ist dies ein Zugeständniß, welches beinahe auf eine Bankrotterklärung des bisherigen auf Cuba angewendeten Systems hinausläuft, und wenn gleichwohl noch keine Anzeichen für einen Systemwechsel wahrnehmbar sind, so läßt sich das kaum anders erklären als durch die in den Madrider leitenden Kreisen gehegte Beforgniß, durch ein Verlassen des bisherigen Weges einen Sturm herauf- zubeschwören, der mehr in Frage stellen könnte als den bloßen Fortbestand des Kabinetts. Letzteres kann sich zu- dem damit entschuldigen, daß es die schlimme Erbschaft des cubanischen Aufstandes von seinem Amtsvorgänger hat übernehmen müssen und sich seit seinem Regierungs- antritt eigentlich, soweit Cuba in Frage steht, immerfort in einer Zwangslage befunden hat. Der Hauptvorwurf, der allen spanischen Politikern, welche sich seit Jahresfrist an der Lösung des cubanischen Problems versucht haben, nicht erspart bleiben wird, ist freilich der, daß sie dem Lande nicht hinreichende Rechenhaftigkeit von der Notwendig- keit gegeben haben, entweder in Cuba um jeden Preis, aber nur ohne Zeitverlust, Ruhe und Frieden zu schaffen, oder aber eine amerikanische Einnischung in den Kauf nehmen zu müssen. Wir haben oft genug betont, daß nur unter der Voraussetzung schleunigster Beruhigung der Insel den Amerikanern der Vorwand und die Neigung benommen werden könne, sich werththätig für Cuba zu interessieren. Allein in Madrid mangelte es den zuständigen Stellen, wie es scheint, an dem nöthigen Muth, sich selbst und dem Lande die volle, allerdings tiefere Wahrheit zu gestehen, daß Cuba nur um den Preis eines grundsätzlichen, rückhaltlosen und so- fortigen Bruches mit dem gesammten bisherigen Kolonial- regime dauernd dem Mutterlande zu erhalten sein werde. Man versuchte es statt dessen zum und so vielen male mit gewaltfamer Niederwerfung des Aufstandes, ohne zu erwägen, daß seit dem letzten Aufstand die centrifugalen Tendenzen auf der Insel in demselben Maße zugenommen hatten, als die Anziehungskraft des Mutterlandes zurück- gegangen war. Und hätte man wenigstens sich ent- schließen können, sofort mit ganzer Kraft in die Aktion

auf Cuba einzutreten. Aber auch da trat wieder der Mangel an Entschlossenheit hinderns dazwischen. Man scheute sich, vor das Parlament mit Forderungen hin- zutreten, welche das Eingeständniß enthalten hätten, daß man an leitender Stelle mit der Möglichkeit des Schlimmsten rechne. Man zog es vor, der öffentlichen Meinung die Wahrheit in geringen Dosen zu verabfolgen, und ist dank dieses Vertuschungs- und Verschleppungs- systems jetzt dahin gekommen, daß zum Herbst ein ganzes Armeecorps, wenn nicht mehr, nach Cuba geworfen werden muß und daß die Beziehungen Spaniens zu den Vereinigten Staaten einen nicht unbedeutlichen Charakter angenommen haben. Es scheint, daß die Führer des Aufstandes von ihren amerikanischen Gönnern sehr bestimmte Versprechungen erhalten haben, auf Grund deren sie voll Muthes und Selbstvertrauens ihre Operationen fortsetzen. Nach den neuesten Meldungen war der Insurgentenführer Maximino Gomez in steinem Vorrücken und seine Avantgarde schon in der Nähe von Colon eingetroffen, während die spanische Kriegführung durch die Jahreszeit gelähmt ist und die Reihen der Truppen durch Seuchen dezimirt werden.

Deutscher Reichstag.

(Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichts.)

Berlin, 19. Mai.

Abg. Dr. Haffe (natl.) und Dr. Förster (Rp.) stimmen der Vorlage zu.

Prinz Arenberg (Ctr.) erklärt, in Anerkennung der ge- schäftlichen Zwangslage werde das Centrum von einer längeren Erörterung absehen und der Vorlage zustimmen.

Graf Limburg-Stirum schließt sich dem an.

Abg. Richter sagt, daß die Herren über Südwestafrika nicht debattiren wollen, verstehe ich wohl, die Sache liegt ihnen gar zu unangenehm. Es gibt dort bekanntlich weder Wasser noch Holz. Wenn es schon dort ist, wie Abg. Förster sagt, möge er sich doch mit seinen Parteigenossen dort ansiedeln. Zimmer herüber, meine Herren! (Beifall.)

Graf Arnim (Rp.) und Förster (Antif.) erwidern dem Vorredner.

Damit schließt die Debatte und die erste Lesung. In zwei- ter Lesung wird die Vorlage ohne Debatte angenommen. Auf Antrag Bennigens beräumt der Präsident auf heute Nach- mittag 4 Uhr eine besondere Sitzung an behufs Vornahme der dritten Lesung des Nachtragsatzes. Das Haus geht zum Gegenstand der Tagesordnung über. Es folgt die dritte Be- rathung des Gesetzesentwurfs betr. den Abgabentarif für den Kaiser Wilhelm-Kanal.

Abg. Jensen (nat.-lib.) beklagt im Interesse eines regeren Verkehrs die hohen Tarife. Ebenso erscheine der Zuschlag von 25 Proz. für die Wintermonate nicht praktisch.

Staatssekretär v. Voetticher bemerkt, er gebe zu, daß der Tarif verbesserungsfähig sei und daß der Tarif desto besser sei, je einfacher er sei. Die derzeit tagende Kommission werde hoffentlich auch die richtigen Gesichtspunkte geben. Uebrigens sei der Winterzuschlag nicht rationell. Die Eis- brecher, das vermehrte Personal machen Mehrkosten. Die

Durchfahrt gewähre im Winter auch an sich größere Vor- theile.

Abg. Dr. Hahn (fraktionslos) bittet um Schutz der deut- schen Küstenschiffahrt gegen die Holländer und Dänen.

Nach einer Bemerkung des Abg. Richter erklärt

Staatssekretär v. Voetticher, es sei nicht gut angängig, die niederländische Flagge ohne jede politische Veranlassung von der deutschen Küstenschiffahrt auszuschließen. Der Kanal sei übrigens neidlos allen Völkern geöffnet, wie dies der Kaiser bei der Eröffnung hervorgehoben habe. Wir können daher kein einzelnes Land differenziell behandeln.

Nach Schluß der Debatte wird die Vorlage definitiv an- genommen. Die Petitionen werden ohne Debatte erledigt. Bei dem folgenden Punkte der Tagesordnung — Wahl- prüfungen — wird die Beschlußfassung über die Wahl des Abg. Dziembowski-Bomst auf Antrag der Kommission aus- gesetzt, damit weitere Erhebungen angestellt werden können. Die Wahl des Abg. v. Bismard-Schönhausen wird für gültig erklärt. Bei der Wahl des Abg. Köhler hat die Kommission beantragt, das Mandat für erloschen zu erklären.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antif.) bean- tragt, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen angesichts der Wichtigkeit der Sache. Dieser Antrag wird angenommen. Als Mitglied der Reichsschuldenkommission wird Abg. Schall (konf.) gewählt. Das Haus vertagt sich sodann von 3 1/2 Uhr auf 4 Uhr. Nach Wiedereröffnung um 4 Uhr wird die Nachtragsforderung für die Schutztruppe für Südwestafrika in dritter Lesung angenommen.

Das Haus vertagt sich sodann auf Dienstag den 2. Juni, Nachmittags 2 Uhr. Tagesordnung: Erste Berathung des Nachtragsatzes. Erste eventuell zweite Lesung des deutsch- japanischen Handelsvertrages. Zweite Berathung des Depot- gesetzes. Schluß: 4 1/2 Uhr.

Badischer Landtag.

99. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer

am Montag den 18. Mai 1896.

(Ausführlicher Bericht.)

Am Regierungstisch: Geh. Rath Dr. Arnspurger, Ministerialdirektor Seubert, Oberbaudirektor Honsell, Lega- tionsrath Dr. Kühn.

Präsident Gönner eröffnet die Sitzung 3 1/4 Uhr.

Sekretär Schmid verzeichnet folgende Einläufe.

Bitte des Landwirths Peter Bauer in Rohrbach um Unter- stützung.

Petition der Berufsbürgermeister in Offenburg, Schwegin- gen, Raftatt, den Gesekentwurf die Fürsorge für Gemein- debeamte betreffend.

Es folgt sodann die Berathung des Berichts der Petitions- kommission über die Petition der Stadträthe der der Städte- ordnung unterstehenden Städte, die Berechtigung der Ober- realschulen betreffend und die Vorstellungen der technischen Staatsbeamten und des Vorstandes des Badischen Forstvereins zum gleichen Gegenstand.

Berichterstatter Abg. Benedey:

Die von den Stadträthen sämmtlicher der Städteordnung unterstehenden badischen Städte eingereichte Petition gipfelt

Müller verfaßten aus Anlaß des heutigen Tages eine besonde- re Festschrift zu Ehren des Jubilars.

Ein halbvergessenes Dichtergrab soll demnächst mit einem würdigen Denkstein geschmückt werden. Es ist das Grab Annette v. Droste-Hülshoff's, einer der größten Dichtertinnen und der edelsten Frauen, die Deutschland hervorgebracht hat. In Meerburg am Bodensee, wo sie mehrere Jahre im alters- grauen Schloß ihres Schwagers Joseph v. Lutzberg, des treff- lichen Sepp von Eppishufen gewohnt hatte, ist Annette v. Droste- Hülshoff im Jahre 1848 gestorben; dort auf dem stillen west- abgehenden Friedhof ist ihre Ruhestätte, unscheinbar und unbeachtet. Es ist erfreulich, daß man in Meerburg den Gedanken gefaßt hat, durch Errichtung eines Denkmals das An- denken der Dichterin zu ehren und ihre bedeutende Persönlichkeit in die Erinnerung der Lebenden zurückzurufen.

Ein alter Student. Vor kurzem starb in Greifswald der älteste Student, ein ewiger Kandidat der Theologie, im Alter von nahezu siebzig Jahren. Der Betreffende ist thatächlich wäh- rend seines ganzen langen Lebens bei der Greifswalder theo- logischen Fakultät eingeschrieben gewesen, ohne je ein Examen zu machen. Dies hatte seinen guten Grund. Ein entfernter Ver- wandter von ihm, ein reicher Mann, hatte ihm sein Vermögen hinterlassen unter der Bedingung, daß er dessen Zinsen genießen sollte, so lange er studirte und ohne Anstellung sei; später sollte das Vermögen Stiftungen zufallen. Der Kandidat war schlau genug, bis an sein Lebensende zu „studiren“.

Doktor von Geburt. Robert v. Bunsen wurde am 31. März 1811 zu Göttingen geb., als sein Vater Rektor der Uni- versität war. Nach deren Statuten wurde dem Sohne Sr. Magnificenz das Diplom als Doctor philosophiae in die Wiege gelegt. Dem 19jährigen machte es keine Schwierigkeiten, auch des examen rigorosum zu absolviren, um die akademische Würde rite zu erwerben. Jetzt ist er, mit 85 Jahren, noch einmal, und zwar, wie schon schon mitgetheilt, von der ungarischen Landes- universität zum Ehrendoktor der Philosophie ernannt worden, und damit gehört der Älteste auch zu den jüngsten seiner Kollegen.

Feuilleton.

[Baratieri's Verteidigung.] Der Mailänder „Sole“ veröffentlicht einen Brief des Generals Baratieri an seinen vertrauten Freund Professor Federzoli, aus Massanau vom 26. April, aus dem folgende, von der „Z. R.“ wiedergegebene Stellen allgemeines Interesse in Anspruch nehmen können: „Mein Prozeß geht seinen regelrechten Gang weiter. Wie Du weißt, war die Untersuchung, wie nicht anders möglich, für mich eine günstige. Die furchtbare Anklage des Hochverrathes und der bewiesenen Freigebigkeit wurde, wie Du weißt, augenblicklich fallen gelassen, da ich in der Lage war, schlängelnd nachzuweisen, daß ich einer der Letzten war, die das Schlachtfeld verließen. Ich kann nicht genug über die Verleumdungen und Verdächtigungen, die über mich in Umlauf gesetzt worden, staunen. Nun soll ich gar Arimondi in den Tod getrieben haben. Ich habe Arimondi immer gut behandelt. Es hat allerdings manchmal Auftritte zwischen uns gegeben, denn er wollte immer, ich solle den Civil- gouvenerneur spielen und ihm die oberste Truppenleitung übergeben. Hätte ich es nur thun können! Weiteres über ihn kann ich Dir nicht sagen, da er als Feld an meiner Seite gefallen ist. Was die Anklage anbelangt, ich hätte mir einen Harem gehalten, so ist nichts lägenhafter als dies. In Massanau wissen Alle, daß ich stets ein einfaches und mäßiges Leben geführt habe. Noch leichter ist es mir, die Anklage zu entkräften, ich hätte den Angriff ge- wagt, da mir meine Waise und die Erinnerung Baldisera's bekannt war. Ich war in der Lage, unwiderlegbar nachzuweisen, daß mit diese Thatfache erst fünf Tage nach der Schlacht von Aba Garima bekannt wurde. Hätte ich sie früher gekannt, hätte ich unter keiner Bedingung die ungeheure Verantwortung über- nommen. Der Angriff war leider eine unentrichtbare Notwendig- keit; alle Generale (ich widerhole, alle vier Generale) und der Generalstab waren am 28. und 29. Februar nicht nur meiner Ansicht, sondern sie trieben mich sogar zum Angriff. Die Nieder- lage ist lediglich unvorhergesehenen unglücklichen Zwischenfällen zuschreiben, wie mein Prozeß es sonnenklar beweisen wird. Direkt enorm ist die Anklage, daß ich vor der Schlacht nur

diesemjenigen gefragt habe, von denen ich voraussetzen konnte, daß sie für den Angriff sind. Am Abend des 20. Februar habe ich alle Generale und den Generalstab berufen. Dies ist die reine und lautere Wahrheit.“

[Personalnotiz.] Seinen 70. Geburtstag feierte der bekannte Luther-Forscher, Oberkonsistorialrath und Professor der Theologie in Halle Julius Rößlin. In Stuttgart 1826 ge- boren, machte er nach Beendigung seiner Studien im Alter von 23 Jahren eine ausgedehnte Reise durch Schottland und Eng- land, als deren Frucht 1852 die Schrift „Die schottische Kirche, ihr inneres Leben und ihr Verhältnis zum Staat“ erschien. Bereits 1855 zum außerordentlichen Professor und zweiten Uni- versitätsprediger in Göttingen ernannt, folgte er 1860 einem Ruf als ordentlicher Professor nach Breslau und siedelte 1870 in gleicher Eigenschaft nach Halle über. Der größte Theil seiner Schriften beschäftigt sich mit Luther. So ist namentlich sehr ge- schätzt „Luther's Theologie“, 2. Aufl. 1883, und „Luther's Lehre von der Kirche“ 1868, vornehmlich aber die Biographie „Martin Luther, sein Leben und seine Schriften“, 4. Aufl. 1889, und das mehr populär genordnete Werk „Luther's Leben“, das bereits in 12. Auflage vorliegt. 1883 gab er aus Anlaß des 400jährigen Geburtstages Luther's die Festschrift „Martin Luther, der deutsche Reformator“ heraus, die bereits ein Jahr darauf die 22. Auflage erlebte. Gelegentlich der Einweihung der erneuerten Kirche in Wittenberg (1892) verfaßte er die Festschrift „Friedrich der Weise und die Schloßkirche in Wittenberg“. In der Theo- logie nimmt Rößlin einen vermittelnden Standpunkt ein, der besonders in seinen zuletzt erschienenen Schriften zum Ausdruck kommt: „Die Begründung unserer sittlich-religiösen Ueberzeugung“, 1893, und „Der Glaube und seine Bedeutung für Erkenntniß, Leben und Kirche“, 1895. Seit 1873 redigirt Rößlin die „Theo- logischen Studien und Kritiken“. Um die Unversitätsgeschichte hat sich Rößlin durch mehrere Veröffentlichungen aus dem Witten- berger Fakultätsmatrikeln verdient gemacht. Wir verdanken ihm ein vollständiges Verzeichniß der Baccalaurei und Magistri der Wittenberger philosophischen Fakultät von 1538—1546 und der öffentlichen Disputationen derselben Jahre. — Zahlreiche Ge- lehrt, u. a. die Professoren Kauteran, Buchwald und Nikolaus

in der Bitte, die Zweite Kammer möge, entsprechend ihrer am April 1894 einmütig zu Protokoll gegebenen Anschauung, die Groß-Regierung anfordern, den Oberrealschulen die von Preußen und anderen deutschen Staaten bereits zugestandenen Berechtigungen auch für Baden zu verwilligen. Den entgegen- gesetzten Standpunkt nehmen die beiden Vorstellungen der tech- nischen Staatsbeamten und des Badischen Fortvereins ein, welche hauptsächlich ausführen, daß die zur Vorbildung berech- tigte Anstalt nicht den Charakter einer Fachschule haben dürfe, und daß der dem höheren Staats- oder Gemeinbedienst ange- hörige Baubeamte, beziehungsweise Forstbeamte, eine gleiche all- gemeine Bildung erhalten müsse, wie solche für die übrigen im öffentlichen Leben stehenden Beamten verlangt werde. Mit Ertheilung der Berechtigung werde im Beamtenstand selbst, als auch im öffentlichen Urtheile die Unterscheidung nach der Vorbildung und damit die Klassifizierung, die vor allem ver- mieden werden müsse, in's Leben gerufen. Die Vorstellung des Fortvereins beziehe sich noch ferner auf die Beschlässe der Vereinsversammlung, welche die Verlegung wenigstens eines Theiles des forstlichen Unterrichts an eine Universität, vor- zugsweise zum Studium der volkswirtschaftlichen und juristi- schen Fächer verlangen; dieser Beschluß schließe aber die Realschulvorbildung aus.

In Preußen, Württemberg, den Reichslanden, auch in Ober- burg und Braunschweig gebe das Reifezeugniß einer Realschule die Berechtigung:

- a. für das Studium der Mathematik und der Naturwissen- schaften auf der Universität und für die Zulassung zur Prüfung für das höhere Lehramt in genannten Gegenständen;
- b. für die Zulassung zur Staatsprüfung im Ingenieur-, Hochbau-, Maschinenbau-, Berg- und Forstfach;
- c. für die Aufnahme als Kandidat für den höheren Eisen- bahnverwaltungsdienst.

In Baden ständen bis jetzt den Abiturienten der Oberreals- schulen nur der höhere nichttechnische Eisenbahnerwaltungs- dienst und das Bergfach offen, und neuerdings auf Grund einer vom Ministerium der Justiz, des Kultus und Unter- richts herbeigeführten Staatsministerialentscheidung auch das höhere Lehramt in der Mathematik und den Naturwissen- schaften.

Es handle sich somit im wesentlichen nur noch darum, ob in Baden das Reifezeugniß der Oberrealschule in Zukunft ebenso wie in Preußen u. d. Berechtigung für die Zulassung zur Staatsprüfung im Ingenieur-, Hochbau-, Maschinenbau- und Forstfach geben soll oder nicht. Bei Prüfung dieser Frage habe sich die Kommission nicht verhehlen können, daß es sich hier um eine Episode in jenem großen Kampf handle, der sich auf dem Gebiet des Erziehungswesens zwischen den Anhängern der realistischen und der humanistischen Bildung abspiele. Ob- wohl die Kommission der Ansicht gewesen sei, daß dieser Kampf mit dem Siege der realistischen Bildung, d. h. mit ihrer Gleichstellung gegenüber der humanistischen enden müsse, so habe sie trotzdem sich nicht in naheliegenden Erwägungen über die Berechtigung der Realschulen für das Studium der genannten Fächer genügend ersehen. Diese Frage habe die Kommission mit allen gegen zwei Stimmen bejahen zu sollen geglaubt. Eine einigermaßen eingehende Prüfung des Lehrplanes der Oberrealschule ergebe, daß diese ihren Schülern eine gründ- liche und gediegene Ausbildung, welche in ihrer Art der Gym- nastalbildung ebenbürtig sei, zu geben in der Lage sei. Aller- dings sei diese Ausbildung eine durchaus moderne. An Stelle von Latein und Griechisch trete Französisch und Englisch. Auf die Pflege der Mathematik und besonders der deutschen Sprache werde besonderes Gewicht gelegt. Zu begrüßen sei der in den oberen Klassen vorgeschriebene Unterricht in der Reichs- und badischen Verfassung. Die Kommission halte diese Bildung für eine andere, aber durchaus keine geringwertigere als jene, welche auf dem Gymnasium erworben werde. Der Einwand eines Kommissionsmitgliedes, daß es ohne Kenntnis des Latei- nischen eine wissenschaftlich historische Grundlage für irgend welche Disziplin nicht gebe, sei mit dem Hinweis darauf zu- rückgewiesen worden, daß es sich hier um vollkommen moderne Disziplinen handle, deren wissenschaftliche Behandlung erst zu einer Zeit begonnen habe, da das Lateinische längst aufgehört hatte, die Sprache der Gelehrten zu sein.

Die Kommission habe jedenfalls keine Veranlassung gesehen, sich mit dem einstimmigen Beschluß der Kammer auf dem Landtag 1893/94 in Widerspruch zu setzen. Leider habe diese einseitige Kundgebung des Hauses bei der Regierung nicht das erwartete Entgegenkommen gefunden, indem die Ressort- ministerien — abgesehen von der Großh. Oberstudienbehörde — ihren Widerstand gegen die Erweiterung der Berechtigung der Oberrealschulen nicht aufgegeben hätten.

Auch die Gegenmeinungen der Eingaben der technischen Staatsbeamten und des Badischen Fortvereins seien nicht stichhaltig. Wenn insbesondere die technischen Staatsbeamten der Ansicht sein sollten, die Vorbildung aller Beamten müsse eine absolut gleiche im Sinne von gleichartig sein, so könne die Kommission diesen Standpunkt nicht theilen. Sie halte es vielmehr für wünschenswerth, wenn als Gegengewicht gegen die nivellirenden Einflüsse des modernen Lebens die Möglich- keit geboten werde, auf verschiedenen Wegen, unter thunlichster Ausnutzung der individuellen Veranlagung und Neigung das gleiche Ziel zu erreichen. Es sei ferner nicht ersichtlich, in- wiefern ein Abiturient der Oberrealschule an dem Besuch der Universität, wo er nach den Wünschen des Fortvereins land- rechtliche, verwaltungswirtschaftliche und nationalökonomische Studien machen solle, gehindert sei. Auch denke Niemand daran, die Vorbildung der Forstbeamten an die Realschule zu verweisen, die Oberrealschule solle nur neben die Gymnasien treten.

Im übrigen ziehe sich durch die beiden Vorstellungen der technischen und Forstbeamten als Grundton die Befürchtung, daß durch die Zulassung der ehemaligen Oberrealschüler in die Reihen der Staatsbeamten und Forstleute deren äußeres An- sehen geschwächt und sie in der öffentlichen Werthschätzung gegenüber jenen Beamtenkategorien, die sich ausschließlich aus

Gymnasialabiturienten ergänzen, herabgesetzt würden. Diese Befürchtung vermöge die Kommission nicht zu theilen. Sie sei überzeugt, daß der größte Theil des Publikums nicht darnach fragen werde, welche Schule hat der Beamte absolviert, sondern »was leistet er«. Eine gegentheilige Ansicht müsse als ein unbegründetes Vorurtheil angesehen werden, dem nicht weiter Rechnung getragen zu werden brauche.

Die Kommission stelle den Antrag:

1. die Petition der Städte Großh. Regierung empfehlend zu überweisen;
2. die Gegenvorstellungen der technischen Staatsbeamten und des Badischen Fortvereins für erledigt zu erklären.

Die allgemeine Diskussion wird hierauf eröffnet.

Abg. Strübe: Er habe stets an den Gymnasien fest- gehalten, glaube aber, daß die Oberrealschulen als ein gleich- berechtigtes Element der realistischen Bildung angesehen werden müssen; das Realgymnasium sei ein Zwitzer, es gebe von Latein zu viel und wieder zu wenig. Die Zuweisung von Berechtigungen an die Oberrealschule dürfe die Gymnasien nicht alteriren; diese müßten in ihrer Verfassung unberührt bleiben; vielleicht könnte auf dem Gymnasium dem elementaren Rechnen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden, das höre zu früh auf. In den beiden Anstalten, Gymnasium und Ober- realschule, sehe er eine gesunde Scheidung der Ausbildung nach Neigung und Befähigung. Werde man den Realschulen die erweiterte Berechtigung verleihen, dann müsse man auch dafür sorgen, daß der Lehrplan ein vorzüglicher und daß tüchtige Lehrkräfte berufen werden; man werde dann nicht mehr sagen können, daß das geringwertigere Schülermaterial auf diesen, das bessere auf den Gymnasien sei. Wie die Wirkung dieser Ausdehnung der Berechtigung sein werde, das werde man erst in der Zukunft erfahren, aber mit guter Zuversicht könnten wir den Versuch machen.

Abg. Kocle unterläßt ebenfalls die Petition der Städte. Die Petenten unterschätzten durchaus nicht die Bedeutung der humanistischen Bildung, sondern wünschten nur, daß neben dieser auch der realistischen Bildung eine Stelle eingeräumt werde. Die Petenten gingen ferner von der Voraussetzung aus, daß der Unterricht an den Oberrealschulen ein guter sei; da diese Voraussetzung zuträfe, sei nicht einzusehen, warum man mit der Verleihung der Berechtigungen zögere. Die Ansicht der technischen und Forstbeamten sei der Ansicht eines Vorurtheils. Wenn das Schülermaterial der Ober- realschulen ein minderwertigeres sei, so hinge dies mit der Minderberechtigung zusammen; mit der letzteren werde sich auch ersteres ändern. Es sei nicht gerechtfertigt, den Städten egoistische Motive unterzuschreiben, als ob es ihnen lediglich darum zu thun sei, die Schülerzahl der Realanstalten zu ver- mehrern. Die Städte wollten keinen Vorrang der realistischen vor den humanistischen Anstalten, sondern die Gleichberechtigung, und die müsse man gewähren.

Abg. Delisle: Die Eingabe der technischen Staatsbeamten sei namens derselben von fünf Mitgliedern unterzeichnet; er möchte bezweifeln, ob alle diese Beamten mit der Eingabe ein- verstanden seien, und nur darauf hinweisen, daß der Deutsche Ingenieurverein schon seit Jahren das Bestreben habe, diese Vorbildung zu erlangen. Er möchte fast glauben, daß die Petenten Angst haben, es könnte ihnen aus den Oberreals- schulen starke Konkurrenz erwachsen. Man habe von Ver- mehrung des Bildungsproletariats gesprochen, da möchte er nur darauf aufmerksam machen, daß die Schüler, welche auf der Oberrealschule stehen bleiben, ihre daselbst erlangte Bil- dung im praktischen Leben noch immer besser zu verwenden wissen, als diejenigen, welche im Gymnasium hängen bleiben. Er bitte, was man in Preußen gethan — man verweise ja bei jeder Gelegenheit so gern auf Preußen — endlich auch bei uns einzuführen.

Abg. Kopp: Er gehöre zu der zweifelpfropfen Minderheit der Kommission, welche sich gegen den Antrag derselben ausge- sprochen hätte. Er anerkenne, daß neue Verhältnisse, neue Wissenschaften und neue Bedürfnisse hervorgerufen seien, welche für den Unterricht in den Realschulen an den Mittel- schulen erhöhte Bedeutung in Anspruch nehmen, aber es frage sich, ob das Maß dieses Neuen so bedeutend, daß alles an- dere zurückgedrängt werde. Er glaube, daß unsere Gymnasien so ausgestattet werden könnten, daß die Realwissenschaften, selbst auch die Mathematik, größeren Raum einnehmen. Schon bei der Unterrichtsdebatte sei hervorgehoben worden, daß ganz gut Stunden im Latein gestrichen werden könnten. Er sei für Reform der Gymnasien, aber nicht für einen Umsturz unserer bisherigen Bildung. Ein Bedürfnis nach einer so radikalen Aenderung sei noch nirgends hervorgetreten; unsere technischen Beamten hätten sich den Ansprüchen stets gewachsen gezeigt. Wenn nun diese Kreise selbst protestiren, wenn Professoren der Technischen Hochschule sich dagegen aus- sprechen und ihre Ansicht mit ihren Erfahrungen bekräftigen, so solle man über diese Kundgebungen nicht so leicht hinweg- gehen, und in derartigen wichtigen unterrichtstechnischen Fra- gen einen Sprung in's Dunkle machen. Gerade hier sei es angebracht, nicht so rasch vorzugehen. Auffällig sei allerdings, daß selbst die Altphilologen sich für diese Berechtigung aus- gesprochen haben; dies habe aber wohl darin seinen Grund, daß viele derselben einer Reform der Gymnasien abgeneigt sind, und alle den Nebengedanken haben, daß sie manche Leute losbekommen, welche sich für das Gymnasium nicht qualifiziren. Auch die angebliche Ueberbürdung der Schüler auf den Gymnasien trage dazu bei, daß die Bewegung zu Gunsten der Realschulen so in Fluß gekommen sei. Er sei der Ansicht, daß man an den humanistischen Grundlagen der Bildung nicht rütteln dürfe, weil diese sich bewährt haben, die wissenschaftliche Vorbildung müsse möglichst allgemein sein und gerade das Lateinische sei unbedingt nöthig auch für die technischen Fächer. Ohne Quellenstudium gebe es überhaupt keine wissenschaftliche Arbeit; dazu kommen die zahlreichen termini technici, viele lateinische Sentenzen. Wer wissen- schaftlich arbeiten wolle, der müsse lateinisch können. Das Latein sei eine hervorragende Schule des Denkens und der Logik. Alle diese Gründe könnten doch für uns Veran- lassung genug sein, in diesen wichtigen Fragen nicht zu

experimentiren und zweckmäßigerweise langsam vorzugehen. Das Einzige, was er gelten lassen müsse, sei der Einwand, daß wir uns gewissermaßen in einer Zwangslage befinden. Aber dem könne man entgegenhalten, daß die meisten Staaten Deutsch- lands diese Berechtigung nicht kennen und daß man nicht wisse, welche Erfahrungen Preußen machen werde. Auch Zweck- mäßigkeitsgründe sprächen gegen diese Ausdehnung der Be- rechtigung; man habe dann drei Klassen von Studenten der technischen Fächer, dies erschwere den Professoren den Unter- richt, da dieser sich nach der Vorbildung des Einzelnen ver- schiedenartig gestalten müsse. Er könne es begreifen, daß man die Oberrealschulen für das praktische Leben schaffe, aber zur Vorbildung für die Hochschule hätten sie keinen Zweck; da der Hochschulunterricht doch immer da anfangen müsse, wo das Gymnasium aufgehört habe. Auch die freie Berufswahl werde durch die Ausdehnung der Berechtigung beeinträchtigt, denn wer die Oberrealschule besucht habe, könne dann nichts anderes werden als Techniker — denn soweit werde man nicht gehen wollen, die Oberrealschule auch als genügende Vorbildungs- anstalt für Juristen zu erachten. Durch diese Berechtigung werde ferner der Zutrang zum Studium vermehrt, obwohl jetzt nirgend ein Mangel zu verzeichnen sei. Mit neuen Be- rechtigungen werde die Oberrealschule ihrem eigentlichen Cha- rakter als Vorbildungsanstalt für Geschäftsleute entfremdet, mit Einführung der neuen Klassen werde auch die jetzt mit der sechsten Klasse gegebene abgeschlossene Bildung für das Geschäftsleben hinwegräumen. Die Fortsetzte seien auch Verwal- tungsbeamte und als solche den Domänenverwaltern sehr nahe; Er glaube deshalb, daß dieselben mehr auf die Universität als auf die Technische Hochschule gehören. Ohne Latein werde es aber für sie unmöglich sein, juristische Kollegien zu hören. Er sei der Ansicht, daß die Oberstudienbehörde mit Verleihung der Berechtigung zum höheren Lehramt in der Mathematik und den Naturwissenschaften nicht so entgegenkommend hätte sein sollen. Die so ausgebildeten Lehrer würden auf dem Gymnasium keine Autorität haben. Der Unterricht in den neueren Sprachen an den Gymnasien sei genügend; Sprachen würden doch nur durch Übung erlernt. Er fürchte, daß man mit der Neuerung Fiasco machen werde. (Schluß folgt.)

Großherzogthum Baden.

Karlstraße, 20. Mai.

Manheim, 19. Mai. Mit einer Revoloveraffäre, die ein Menschenopfer zur Folge hatte, beschäftigte sich heute die hiesige Strafkammer. Auf der Anklagebank befand sich der 18 Jahre alte Bäcker Peter Günther von Dossenheim. Am 10. April d. J. geriethen Schriesheimer und Dossenheim'sche Burshen mit einander in Streit, wobei man sich gegenseitig mit Steinen bombardirte. Die Dossenheim'schen mußten die Flucht ergreifen. Während des Davonspringens zog nun Günther seinen Revolover, um einen Schreckschuß abzugeben. Unglücklicherweise traf aber die Kugel den 17 Jahre alten Bäcker Peter Sommer von Schriesheim mitten durch's Herz, so daß dieser sofort eine Leiche war. Der Revoloverseßel, welcher nicht die Absicht gehabt hatte, auf einen Menschen zu schießen, erhielt ein Jahr Gefängniß abzüglich ein Monat Unterdrückungshaft.

Wörzheim, 17. Mai. Auf der bezirksortlichen Vangelnals gehörigen Malzennühle ereignete sich dieser Tage ein schmerz- licher Unfall. Der verheiratete Heinrich Weber war auf der Sägerei einsetzend eines Baumstammes beschäftigt. Letzterer schellte zurück und traf den Weber be- züglich den Leib, daß die Gedärme theils zerrißen, theils zerquetscht wurden. Nach drei Tagen verschied der unglückliche Mann, welcher Vater von 12 Kindern ist. (H. A.)

Aus dem Bezirk Müllheim, 19. Mai. Die Volksbank in Müllheim hatte im abgelaufenen Jahre einen Umsatz von 297 091 M. 31 Pf., der Reingewinn betrug 5 748 M. 31 Pf., der Reservefonds 22 741 M. 38 Pf. An Dividenden konnten 4 1/2 Prozent gutgeschrieben werden. Das Gesamtbetriebskapital be- lief sich auf 199 632 M. und die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 382. Der bei der Tagesordnung gestandene Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrathes auf Auflösung der Volksbank konnte nicht zur Berathung gelangen, da die Ver- sammlung infolge zu geringer Beteiligung nicht beschlußfähig war.

Geheimer Hofrath Professor Dr. W. Behaghel †.

Ueber die Wirksamkeit Professor Dr. Behaghel's als Vorstand des Schwarzwaldbereins schreibt die Dr. Ztg. noch: Was den Namen Behaghel's zu einem in ganz Baden gefamten, geradezu volkstümlichen gemacht hat, das ist sein Wirken für den Schwarz- waldberein. 1881, in einer Zeit der Krisis, als der Mitglieder- stand in's Wanken gerathen war und von seiner Höhe herabzu- sinken begonnen hatte, da übernahm er die Leitung des Vereins und mit harem Blick erkannte, was noth that, führte er dessen Decentralisirung, die Gliederung in Sektionen, durch. Wenn von da ab das Wachstum des Schwarzwaldbereins ein unge- ahnt rasches wurde, wenn heute der Verein mehr tausende Mitglieder besitzt, als vor 15 Jahren hunderte, so ist das freilich neben der Durchführung dieses richtigen Gedankens auch noch anderen Faktoren zuzuschreiben, nicht zum wenigsten dem persönlichen Einfluß des Präsidenten, der unermüdet am Ausbau seines Werkes thätig war und dessen lebenswürdiges Naturell ihm überall die Herzen entgegen- schlagen machte. Einen erhebenden und den Geisteskräften tief bewegenden Ausdruck fand diese allgemeine Liebe und Verehrung in der unvergesslichen Feiertage, welche zu Ehren des 70. Geburts- tags Behaghel's am 28. April 1894 hier in Freiburg begangen wurde. Am jenem Tage, als der Jubilar, zwar im wallenden Silberhaar, aber noch so jugendlich und lebhaft wie nur je, vor uns stand, damals durfte wohl Niemand, daß er schon nach der verhältnismäßig kurzen Frist von zwei Jahren seinem Sarge werde folgen müssen. Zu den Verehrern jenes schönen Festes gehörte auch die hiesige Sektion des D. u. N. V. P. e. n. v. e. r. e. i. n. s. Die Behaghel im gleichen Jahre, in dem er den Vor- sitz des Schwarzwaldbereins übernahm, mit einigen Freunden in's Leben gerufen hatte und die er im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens als Vorsitzender leitete. Ihr Aufblühen, welches unter seinem Nachfolger sich kräftig fortsetzte, war sein freudiger Stolz. Wie hätte auch das Herz, das so warm schlug für die Berge und Wälder der schönen Heimath, von der gewaltigen Größe der Alpenmatur unberührt bleiben können. Noch bis in die letzte Zeit pilgerte Behaghel fast regelmäßig alljährlich zu diesem Jung- brunnen des Geistes und Lebens. Eines solchen bedurfte er frei- lich kaum, denn das fröhliche »Pfälzer-Blut«, das in seinen Adern kreifte und dessen er sich in gemüthlichen Stunden gern rühmte, schenkte ihm ohnehin ewige Jugend verleihen zu wollen. Um so samerlicher berührte es seine Freunde, als schon vor einigen Monaten Anzeichen eines heranzuleidenden schweren Lei-

